

„Demokratisch Handeln, Projektpädagogik, Differenzierung“

Bericht aus der Arbeitsgruppe C

Thomas Thieme und Sascha Wenzel moderierten die AG, deren besondere Zusammensetzung bereits in der Anfangsphase deutlich wurde: der Großteil der Mitglieder stammte von insgesamt drei Berliner Schulen, der Rütli-Hauptschule, der benachbarten Heinrich-Heine-Realschule und der Franz-Schubert-Grundschule. Außerdem waren noch einige Lehrer und Schüler von Thüringer Schulen vertreten, die die Veranstaltung aufgrund externer Terminverpflichtungen jedoch nicht durchgängig besuchen konnten.

Zunächst fand eine kurze Vorstellungsrunde statt, in der die Teilnehmer noch einmal die Chance bekamen, ihr Projekt zu präsentieren und zu erläutern. Eines dieser Projekte ist die Sömmerdaer Initiative „Mut im Bus“, in der sich Schüler engagieren, um eine bessere Situation während der täglichen Busfahrten zu erreichen. Denn diese waren bisher vor allem durch Gedrängel, hohe Lautstärke und Sachbeschädigung gekennzeichnet.

In dem folgenden Gespräch thematisierten die Workshopteilnehmer vor allem Erfahrungen mit der Einbeziehung von Schülern und Schülerinnen in Organisation und Entscheidungsprozesse. Dabei wurden durchaus auch Schwierigkeiten deutlich, die eine solche Schülerorientierung mit sich bringt. Umso stärker beeindruckt zeigten sich vor allem die Berliner Lehrerkollegen von dem umfassenden Engagement der Jugendlichen in diesem, aber auch in anderen während der Tagung vorgestellten Projekten. Ein Gastbeitrag zweier Schülerinnen aus Baden-Württemberg mit deren Projekt „Tip-Top-AG“ verstärkte noch diese Faszination. Die freiwillige Bereitschaft mitzumachen sei dabei die wichtigste Voraussetzung für ein erfolgreiches Projekt, so die beiden Schülerinnen, anderenfalls würde es bestenfalls halbherzig durchgeführt werden.

Der Campus Rütli – ein Findungsprozess

Im Verlauf des Workshops zeigte jedoch die zahlenmäßige Dominanz der Berliner Lehrer schnell Wirkung. Diese standen unter dem Einfluss einer besonders belastenden Situation, denn die drei Berliner Schulen sollen demnächst zu einer Gesamtschule zusammengelegt werden. Das Problem bei diesem Prozess aus Sicht der Lehrer: Unter den bestehenden Bedingungen ist die pädagogische Arbeit sehr schwierig.

So gebe es keine wirkliche Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Kollegien, es verlaufe eine „unsichtbare Mauer“ durch das Schulgelände, so die Berliner Lehrer. Die mangelhafte organisatorische Situation, die fehlenden räumlichen Voraussetzungen, ein unregelmäßiger Informationsfluss, ein fehlendes pädagogisches Konzept für die Gesamtschule und ganz allgemein ein Gefühl der Machtlosigkeit in einem von außen gesteuerten Prozess: Die Beschreibung der bestehenden Probleme waren vielfältig und zudem z.T. noch durch unterschiedliche Auffassungen der einzelnen Lehrer gekennzeichnet. Von allen Beteiligten wurde jedoch kein Zweifel daran gelassen, dass es noch keine hinreichende Ausgangsbasis gibt und der Start der Gemeinschaftsschule in wenigen Monaten als unzumutbar wenn nicht gar unmöglich betrachtet wird.

Projekte Demokratischen Handelns

Die Erfahrung des Förderprogramms zeigt, dass viele Projekte aus einem bestehenden Handlungsdruck entstehen: ein verfallenes Schulgebäude, Gewalt in der Schule oder die Zunahme von rechtsextremen Übergriffen, all dies gibt Beispiel davon, wie demokratisch Engagement aus Herausforderungen durch die Konfrontation mit Problemen erwachsen kann. Für die drei Berliner Schulen gilt das nicht weniger. Der Diskurs der Arbeitsgruppe dokumentierte so gesehen ein

besonderes Beispiel eines demokratischen Projekts. Aus den Problemen heraus erwächst die Bereitschaft sich zu engagieren. Zunächst sollte dies in Form eines Schreibens geschehen, das die schwierige Situation und die notwendigen Schritte aus Sicht der Lehrer darstellt.

Nicht Klagen, sondern Handeln

Wie kann man in der bestehenden Situation die Selbstbestimmtheit erhöhen?, das war die leitende Frage der Diskussionsbeiträge aus dem Kreis der Berliner Gäste. Um tatsächlich aktiv werden zu können, war es nötig die Frage zu stellen, was getan werden muss, um die Situation zu verbessern. Auf welchem Weg kann ein Klima des Vertrauens hergestellt werden kann, welche Leitungs- und Informationsstrukturen nötig sind, wie die Schritte zur Gemeinschaftsschule aussehen sollen: Dies sind die zentralen Punkte, die die Lehrer bewegen.

Es zeigte sich jedoch, dass auf der Basis eines Repräsentationsprinzips mit je fünf Kollegen von jeder Schule eine Konsensfindung nicht leicht ist. Dennoch stellte der Prozess ein beeindruckendes Beispiel zielorientierter Arbeit dar, an dessen vorläufigem Ende das „Jenaer Positionspapier“ stand, das einerseits eine Problembeschreibung, andererseits aber auch Handlungsmöglichkeiten enthielt. Denn – so die positive Erkenntnis der Diskussionsrunde – die Gemeinschaftsschule als Idee wird grundsätzlich befürwortet.

Auf dem begonnenen Weg kann dies Papier selbstverständlich nur einen ersten Schritt markieren. Dies wurde auch bereits während des Workshops deutlich. Nötig ist anhaltendes Engagement, Mitsprache, Kooperation. Daher wurden bereits im Rahmen der Tagung konkrete Termine für die nächsten Schritte und erste konkrete Möglichkeiten einer schulübergreifenden Zusammenarbeit von Lehrerkollegen verabredet.

Die Fachtagung „Demokratie und Schulkultur“ stellte somit für die Berliner Kollegen hoffentlich den Ausgangspunkt für einen Schulentwicklungsprozess dar, der von allen mitgestaltet wird. Entstanden ist ein demokratisches Projekt im besten Sinne des Förderprogramms: Eine Gruppe nimmt sich eines gemeinsam geteilten Problems an, definiert miteinander Ziele und nutzt gemeinsam und auf demokratischem Wege vorhandene Möglichkeiten, um aktiv zu werden. (*Michael Wiegleb, Jena, April 2008*)